

trieben, in den Behörden, in den Schulen usw. wurde wieder nach Möglichkeit in vollem Umfange aufgenommen. Man fühlte sich sicherer, seitdem die deutsche Front fern von Ostpreußen in Rußland stand. Trotzdem fanden vorsorglich seit November 1914 vormilitärische Übungen der älteren Realschüler statt, wie sie in perfektionierter Form heutzutage schon lange in der DDR praktiziert werden. Als dann auf Anregung der Regierung Ende Januar 1915 eine „Jugendwehr“ gegründet wurde, meldeten sich alle über 16 Jahre alten Schüler freiwillig und nahmen in der „Jugendkompanie XI Wehlau“ eifrig an den Übungen teil. Mit Begeisterung beteiligten sich auch die Schüler und Schülerinnen an den angeordneten Sammlungen. So erbrachte die erste Sammlung von Goldmünzen an der Kgl. Realschule vom 1. bis 6. März 1915 den stattlichen Betrag von 9560 Goldmark, die in Papiergeld umgewechselt wurden. Opferwilligkeit und Vaterlandsliebe veranlaßten viele Wehlauer, ihre goldenen Trauringe, Uhrketten u. a. gegen eiserne mit der Prägung „Gold gab ich für Eisen“ einzutauschen, nach dem Vorbild ihrer Vorfahren im Jahre 1813.

Am 10. September 1915 fand in der Kirche ein Gedenkgottesdienst für die im Verteidigungskampf gegen die Aggressoren Gefallenen statt. Die Zahl der aus Wehlau stammenden Toten ist nicht bekannt. Ernst und gefaßt ertrugen die Wehlauer auch die schmerzlichen Verluste der folgenden Kriegsjahre. Aber immer drückender wurde der Materialmangel, immer primitiver wurden die Ersatzmittel. Da ja das Deutsche Reich nicht auf einen Krieg vorbereitet war, hatte die Rationierung erst allmählich begonnen, gekennzeichnet durch das Marken- und Bezugssystem. England, das dem Deutschen Reich am 4. August 1914 ohne triftigen Grund den Krieg erklärt hatte, verhängte nach dem napoleonischen Beispiel der „Kontinentalsperre“ die sehr erfolgreiche „Hungerblockade“ über Deutschland. Aber der damals propagierte Gruß „Gott strafe England!“ bürgerte sich nicht ein. Das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 auf der Grundlage der Verständigung wurde von der Entente hohnvoll zurückgewiesen. Der katastrophale „Steckrübenwinter“ 1916/17 trug dazu bei, daß sich neben dem schon seit 1916 tätigen „Spartakus-Bund“ der linke Flügel der SPD in Gotha am 6. April 1917 als USPD (Unabhängige SPD) organisierte. Beide Gruppen propagierten „die Diktatur des Proletariats als einzig wahre Demokratie“. Es ging also um politische, nicht um wirtschaftliche Ziele. Denn die „Schwerarbeiter“ erhielten Löhne in unangemessener Höhe und neiderregende Zulagen an Lebensmitteln, während der Soldat an der Front seine Pflicht erfüllte, hungerte, kämpfte und starb. So tat sich allmählich ein tiefer Riß zwischen Heer und Heimat auf, der durch die von der USPD angeheizten Streiks der Rüstungsarbeiter im April 1917 und im Januar und Februar 1918 noch vertieft wurde.

Auf die Einzelheiten der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, die von uns Älteren persönlich z. T. miterlebt und dann in den zwanziger Jahren von namhaften Historikern sorgfältig unter-

sucht und eingehend dargestellt worden sind, kann hier nicht eingegangen werden.

Von örtlichen Besonderheiten, durch die sich das Leben in Wehlau von dem in anderen kleinen Städten Ostpreußens unterschieden hat, ist zu erwähnen, daß der traditionelle Pferdemarkt für das Jahr 1915 verboten worden war. In den folgenden Kriegsjahren fand er wieder statt, hielt sich aber natürlich in nur bescheidenen Grenzen.

Über die Rückkehr der deutschen Truppen aus ihren Stellungen weit in Feindesland nach dem Waffenstillstand am 11. November 1918 berichtete das Wehlauer Tageblatt vom 27. Oktober 1928: „War die Freude des Wiedersehens auch durch den Schmerz über den tragischen Ausgang des Krieges gedämpft, so gab doch der Stolz auf das Heer und die von ihm vollbrachten Taten sowie die Dankbarkeit des Volkes dem Einzug das Gepräge, Girlanden und Fahnschmuck grüßten auch in Wehlau die Heimkehrenden. Herzlich war der Empfang, den ihnen die Behörden und die Einwohnerschaft bereitete.“

Nach den „Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung“ (Folge 109, 1964) „war es das geschichtliche Verdienst und die große Leistung Friedrich Eberts und der von ihm geführten SPD, daß sie mit der Obersten Heeresleitung und mit der deutschen Beamtenschaft ein Bündnis eingingen, um mit Hilfe von Freiwilligenverbänden des ehemaligen Kaiserlichen Heeres die Bolschewisierung Deutschlands zu verhindern, die tödlich bedrohte Ordnung einigermaßen aufrechtzuerhalten und die Schaffung neuer Rechtsgrundlagen zu ermöglichen.“

Von 1919 bis zum Ende

In Wehlau tagte im Februar 1919 die bisherige Stadtverordnetenversammlung zum letzten Male. Unter den 18 Punkten der Tagesordnung waren einige von hervorragender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Stadt. So wurde ein Umbau der Gasanstalt beschlossen, um sie rentabler zu gestalten. Ferner bewilligte die Versammlung 150 000 Mark für Neubau- und Umbauzwecke, um die Wohnungsnot zu lindern, die durch das jahrelange Ruhen der Bautätigkeit, durch den Verfall einzelner Wohnungen und durch den Zuzug von Flüchtlingen entstanden war. Am 3. April trat die nach der Umwälzung neu gewählte Stadtverordnetenversammlung zusammen, führte die Neuwahl der Deputationen und Kommissionen durch und stimmte der Eingemeindung eines Teils des Gutsbezirks Pinnau zu.

Da auch nach dem Waffenstillstand die „Hungerblockade“ bis 12. Juli 1919 nicht aufgehoben wurde, mußte die Lebensmittel-Rationierung beibehalten werden. Lebensmittelmangel und Teuerung hatten einen Streik zur Folge. Durch Vermittlung des Landrats Wrede gelang es, eine Vereinbarung mit der Streikleitung zu treffen, die den Arbeitern weit-

gehende Zusicherungen machte. Daher wurde die Arbeit nach kurzer Zeit wieder aufgenommen.

Zur besseren Verbindung zwischen Wehlau und dem nördlichen Hinterland wurde eine planmäßige Kraftfahrzeugverbindung mit Personen- und Paketbeförderung nach Gertlauken und Schirrau eingerichtet.

Weniger erfolgreich war die unter dem Leitwort „Wissen ist Macht“ von der Regierung angeregte Gründung einer Volkshochschule im Jahre 1919. Das Interesse an ihr verflog bald, und sie hat nicht lange bestanden.

Durch die harten, ungerechten und maßlosen Bedingungen des Versailler Diktats vom 28. Juni 1919 gewannen zwar die Alliierten endgültig den Ersten Weltkrieg, verloren aber auf weitere Sicht den Weltfrieden. Es war ein Gewaltfrieden statt des Verständigungsfriedens, den man durch die Abschaffung der Monarchie im Sinne der Alliierten und nach Wilsons 14 Punkten erwartet hatte. Der Sturz der Monarchie wurde übrigens noch im Mai 1969 im „Westdeutschen Fernsehen“ als ein „Sieg der deutschen Arbeiterklasse“ bezeichnet. Beginnend mit der Matrosenmeuterei am 29. Oktober 1918 und mit der Revolte in Kiel am 3. November, wurde das Reich unter der Regierung des „Rats der Volksbeauftragten“ und der „Arbeiter- und Soldatenräte“ durch kommunistische Aufstände, Generalstreiks und revolutionäre Zusammenstöße erschüttert, die Tausenden von Menschen mitten im Frieden das Leben kosteten (Berlin, Halle, München, Ruhrgebiet, Thüringen und Sachsen). Aber alle staatserhaltenden Parteien von der SPD bis zu den „Deutschvölkischen“ waren sich einig in der Abwehr der durch Artikel 231 des Versailler Diktats aufgezwungenen Anerkennung von Deutschlands Alleinschuld am Kriege. Auch mit anderen Bestimmungen hat sich die Weimarer freiheitlich-demokratische Republik nicht abgefunden, z. B. mit der Abtrennung Ostpreußens vom Reich, die für die Wirtschaft des deutschen Ostens schwere Nachteile zur Folge hatte. Die in Wehlau erhobenen Proteste waren vergeblich. Der „Flaggenstreit“ wegen der nie populär gewordenen neuen Farben dauerte noch lange Zeit an.

Durch Artikel 144 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 wurde die geistliche Schulaufsicht aufgehoben und auf hauptamtliche Kreis schulinspektoren (spätere Amtsbezeichnung Kreisschulräte) übertragen. In Wehlau übernahm dieses Amt als erster Karl Pacyna, der zehn Jahre später als Ruheständler eifrig bei der Einrichtung des Kreisheimatmuseums tätig war.

Anfang 1920 trat an die Stelle der bisherigen Lehrlingsschule eine Pflicht-Fortbildungsschule. Sie hielt sich aber nur bis zur Inflation, deren Herannahen damals noch nicht recht spürbar war.

Das Friedensdiktat legte dem deutschen Volk ungeheure finanzielle Lasten als „Reparationen“ auf. Das Reich übernahm die bisher den Ländern und Gemeinden vorbehaltenen Steuerhoheit und schuf die Finanz-

ämter. Auch Wehlau erhielt eine solche Behörde und mußte vorerst selbst für seine Unterbringung sorgen. Daher beschloß die Stadtverordnetenversammlung im Juni 1920 den Ankauf des am Fischmarkt gelegenen Hotels „Deutsches Haus“ für 180 000 Mark, das zu Büroräumen hergerichtet wurde. Den Bauplatz für den zu errichtenden Neubau in der Neustadt hinter dem Alten Friedhof stellte die Stadtverwaltung dem Staat kostenlos zur Verfügung und gewährte außerdem dem Wohnungsbauverein für etwa zehn Wohnungen einen Zuschuß von 6000 bis 10 000 Mark je Wohnung mit der Auflage, in diesen Neubauten nur Finanzbeamte unterzubringen.

Dem ständig wachsenden Verkehr wurde das mittelalterliche Steintor nicht mehr gerecht. Um dieses ehrwürdige Gebäude zu erhalten, den Verkehrsbehinderungen aber entgegenzuwirken, kaufte die Stadt das neben dem Tor liegende Grundstück Nilson für 60 000 Mark, um es niederzulegen und eine bequeme Fahrstraße auf der Nordseite des Tores zu schaffen.

Einen besonderen Grund zum Feiern hatten auch die Wehlauer, als das Ergebnis der Volksabstimmung am 11. Juli 1920 in den Gebieten von Marienwerder und Allenstein bekannt wurde. Die Bevölkerung hatte sich trotz eifriger polnischer Propaganda fast hundertprozentig für ihr Verbleiben bei Deutschland entschieden. Der „Treudank“ in Allenstein mit der Inschrift „Dies Land bleibt deutsch“ erinnerte bis in die Neuzeit daran, daß die schon Ende 1915 den Alliierten von dem Leiter des „Polnischen Nationalkomitees“ Roman Dmowski (von ihm stammte die Bezeichnung „Korridor“) überreichte Denkschrift mit der Forderung der Abtretung des gesamten deutschen Ostens an Polen nicht den „Realitäten“ entsprach.

Aufgeputscht durch von auswärts gekommene Agenten, traten am 29. August 1920 die Wehlauer Transportarbeiter in den Streik. Ob sie irgendwelche Forderungen dabei gestellt haben, ist nicht bekannt. Jedenfalls nahmen sie schon nach einer Woche die Arbeit bedingungslos wieder auf. Zur künftigen Abwehr von derartigen, das Wirtschaftsleben der Stadt schädigenden Unternehmungen wurde in Wehlau ein „Bürgerbund“ gegründet, an dessen Stelle später die „Technische Nothilfe“ trat. Diese Vereinigung von technisch und handwerksmäßig vorgebildeten Männern übernahm die Aufgabe, im Falle der Gefahr lebenswichtige Betriebe aufrechtzuerhalten.

Natürlich wirkte sich die fortschreitende Geldentwertung auch in Wehlau auf das ganze wirtschaftliche Leben sehr ungünstig aus. Im August 1922 wurde aus der „schleichenden“ Inflation eine „galoppierende“. Die deutsche Währung stürzte ins Bodenlose. Am 1. November 1923 mußte infolge der katastrophalen Geldentwertung das städtische Krankenhaus geschlossen werden. Mit „gemischten Gefühlen“ denken ältere Wehlauer an jene hektische, durch Putsche verschiedener Richtungen verunsicherte

Zeit der „Goldenen zwanziger Jahre“ zurück. „Golden“ waren sie z. B. für die Schrotthändler, und die Wehlauer konnten in Königsberg die riesigen Schrotthalden bestaunen. Denn Deutschland als einziger Staat ließ sein Kriegsmaterial verschrotten. Man sprach von „Erfüllungspolitik“, „Pleitegeier“, „Sicherer Pleite Deutschlands“ und interpretierte pessimistisch „Schwarz ist die Zukunft, rot ist die Gegenwart, golden war die Vergangenheit“. In Stammtischecken Wehlauer Lokale hingen Sprüche an den Wänden, die recht drastisch gegen das „Republikenschutzgesetz“ verstießen. Aber das taten auch die Putschisten in den blutigen Auseinandersetzungen „im Reich“ in den Monaten Oktober und November in diesem turbulenten Krisenjahr 1923. Ein noch heutzutage zitierter „deutscher Dichter“ schuf das Poem „Wenn wir den Krieg gewonnen hätten mit Wogenprall und Sturmgebraus“ mit dem Schluß „zum Glück gewannen wir ihn nicht“. Das war eine „zeitgemäße“ Abwandlung des zu Anfang des Krieges noch oft von ausrückenden Truppen gesungenen Liedes „Es braust ein Ruf wie Donnerhall, wie Schwertgeklirr und Wogenprall“ usw.

Schließlich gelang es der Reichsregierung, überall die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Der geplante Streik der Arbeiter in der staatlichen Notenpresse, durch den die termingemäße Ausgabe der „Rentenmark“ verhindert werden sollte, wurde einfach verboten. Und so machte am 15. November 1923 das „Wunder der Rentenmark“ der Inflation ein Ende und brachte die ersehnte Stabilisierung der deutschen Währung. Allerdings hatte besonders der deutsche Mittelstand, der keine Waren usw. hatte „horten“ können, sämtliche Rücklagen und Ersparnisse verloren.

Eine gewisse Wiederbelebung der Wirtschaft trat auch in Wehlau ein, nachdem im Zusammenhang mit dem Dawes-Plan vom April 1924 dem Deutschen Reich eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark gewährt worden war.

Der städtische Waldbesitz hatte sich nach der Flurberechnung von 1924 gegenüber der Vermessung vom Jahre 1878 unter Einbeziehung des inzwischen erworbenen „Achtelbruchs“ (rd. 78 Hektar) auf 859,88 Hektar vergrößert. (Hirsche, Rehe, Damwild, aber auch Elche konnten gesichtet werden.)

Nach dem Tode des ersten Reichspräsidenten Ebert wurde am 26. April 1925 der Befreier Ostpreußens Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt. Dieses Wahlergebnis wurde auch in Wehlau besonders freudig von den Rechtsparteien begrüßt. Bei der Volkszählung am 16. Juni 1925 betrug die Einwohnerzahl 5472. Am 1. Oktober dieses Jahres konnte das städtische Krankenhaus in der Parkstraße, das infolge der Inflation zwei Jahre lang geschlossen gewesen war, wieder eröffnet werden. Im städtischen Armenhaus an der Schanze waren durchschnittlich 8 bis 10 Personen untergebracht. In Allenberg

begann man mit Erweiterungs- und Neubauten auf dem Anstaltsgelände und auf der Schanze mit der Errichtung einer städtischen Turnhalle. An ihr wurde eine Gedenktafel mit der Inschrift „Für unsere Helden 1914—18“ und mit einer Siegfriedsfigur angebracht, die symbolisch die im „Nibelungslied“ geschilderte heimtückische Ermordung Siegfrieds durch Hagen mit den November-Ereignissen des Jahres 1918 in gedankliche Verbindung brachte. Zwar hatte die USPD danach mit Stolz ihre „Handlungen mit der Absicht der Wehrlosmachung der Truppe“ detailliert zugegeben, aber dies Treiben allein hat nicht den unglücklichen Ausgang des Krieges mit allen seinen schweren Folgen verschuldet. Jedoch ermöglichte der Zusammenbruch der inneren Front es den Alliierten, dem deutschen Volk so katastrophale Bedingungen zu diktieren. Spätere Generationen sollten daran denken, daß Deutschland in einer militärgeographisch so exponierten Lage trotz Hungerblockade über vier Jahre lang gegen 25 Feindstaaten durchgehalten hat, daß aber das Mahnwort „Nie wieder Krieg!“ sehr ernst genommen werden muß. Die Namen der Gefallenen waren auf Gedenktafeln in der Kirche und im Rathaus verzeichnet, im Sinne der Worte des Arbeiterdichters Heinrich Lersch „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen!“

Die Turnhalle wurde im Jahre 1926 feierlich eingeweiht. In ihr konnten auch Wannens- und Brausebäder verabfolgt werden. Ihr Hausmeister Rosengart war ein „Wehlauer Original“ und stadtbekannt. Später richtete die Stadt eine Flußbadeanstalt an der Alle in der Nähe der Eisenbahnbrücke ein (Eröffnung am 11. August 1928). Am 20. Juni 1926 scheidete auch in Wehlau ein Volksentscheid auf Grund eines von SPD und KPD durchgedrückten Volksbegehrens auf entschädigungslose Enteignung der früheren Monarchen. Inzwischen war nämlich durch Veröffentlichung von Aktenmaterial bekanntgeworden, daß z. B. der Kaiser nicht „feige nach Holland geflohen“ war, sondern erst nach erheblichen Auseinandersetzungen mit seiner Umgebung diesen ihm vorgeschlagenen Weg „zur Vermeidung eines Bürgerkrieges“ am 10. November 1818 gewählt hatte, nachdem am Tage davor vom Reichstagsgebäude (Widmung Wilhelms II. „Dem deutschen Volke“) aus durch Staatssekretär Scheidemann (SPD) die Thronentsagung verkündet worden war: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!“

In Wehlau trat nach dem plötzlichen Tode des Bürgermeisters Müller im Januar 1927 an seine Stelle Gustav Makowka. Während seiner Amtszeit seit 1. April d. J. sind viele Verbesserungen baulicher und sonstiger Art durchgeführt worden, obwohl die Stadt bei der „Hilfeaktion für Ostpreußen 1926/27“ unberücksichtigt geblieben war und die Stadtverwaltung bei der Erfüllung ihrer kommunalen Aufgaben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

So nahm man im Sommer 1927 einen Umbau am städtischen Schlachthaus vor und erweiterte nach Anhörung der Fleischerinnung die Schlacht-

halle um ein beträchtliches. Im sanitären Interesse erhielten alle Räume einen Ölfarbeanstrich. Außerdem richtete man eine elektrische Ventilation und Beleuchtung ein. Um die Kosten von 5000 Mark zu decken, mußte ein auf fünf Jahre befristetes Darlehen bei der Stadtparkasse aufgenommen werden.

Den elektrischen Strom bezog Wehlau schon seit längerer Zeit vom „Ostpreußenwerk“. Das Schaltheus des Elektrizitätswerks stand neben dem städtischen Wasserwerk mit Pumpstation am Hammerweg, das Transformatorenhaus neben der städtischen Turnhalle auf der Schanze. Der Stromumsatz betrug im Kalenderjahr 1927 bereits 148 904 Kilowatt. Werkstätten, Haushaltungen, Geschäfte, Behörden, das Krankenhaus usw. waren auf elektrischen Strom umgestellt worden. Die elektrische Straßenbeleuchtung bestand aus sieben Bogenlampen in der Großen Vorstadt, in der Kirchenstraße und in der Kleinen Vorstadt.

Auf Anregung von Bürgermeister Makowka wurde am 19. Mai 1927 in Wehlau eine Theatergemeinde des „Bühnenvolksbundes für Stadt und Land“ mit anfänglich rd. 390 Mitgliedern gegründet. Im Winterhalbjahr vom Oktober bis April wurden allmonatlich Vorstellungen veranstaltet, hauptsächlich von der Tilsiter oder von der Allensteiner Bühne, zunächst im Großen Saal des Hotels Kaiserhof. Die Theatergemeinde hatte es sich zur Aufgabe gemacht, das geistige Leben zu pflegen und die künstlerische und sittliche Bildung auf religiöser Grundlage zu fördern.

Am 1. Oktober 1927 verlegte die Stadtverwaltung die 34 Jahre alte „Herberge zur Heimat“ aus dem Privathause am Steintor in ein städtisches Gebäude in der Langgasse (Parallelstraße zur Pregelstraße). Diese städtische soziale Einrichtung war mit einer Verpflegungsstelle verbunden und erfreute sich großer Beliebtheit vor allem bei ungelerten Gelegenheitsarbeitern und wandernden Handwerksburschen.

Die ehemalige Fortbildungsschule eröffnete der Bürgermeister am 7. Oktober neu unter dem Namen „Gewerbliche und Kaufmännische Berufsschule“. Der Unterricht fand zunächst von 6 bis 8 Uhr abends im Gebäude der Grundschule unter Leitung des Grundschulrektors Würth statt. Die Grundschule hatte damals vierzehn Klassen und eine Hilfschulklasse. Die Schülerzahl betrug rd. 600, von denen 120 an der Schulspesung teilnahmen. In die Kosten von jährlich ca. 2000 Mark teilten sich die Stadt, der Kreis und die Provinz.

Für die staatliche Realschule, die durch Ministerialerlaß vom 8. Mai 1926 auf Antrag des Direktors, des Lehrerkollegiums und der Elternschaft das Recht erhalten hatte, sich „Staatliche Deutschordensschule, Oberrealschule i. E.“ zu nennen, begannen die Vorarbeiten für einen Neubau gemäß dem Vorschlag vom Februar 1914. Die beträchtlichen Kosten übernahmen der Preußische Staat, die Stadt und der Kreis Wehlau gemeinsam.

Die Stadt hatte in jener Zeit 5892 Einwohner. In 562 Haushaltungen wurden insgesamt 286 Pferde, 585 Rinder, 1077 Schweine, 43 Schafe,

40 Ziegen, 36 Kaninchen, 3652 Stück Federvieh gehalten. Die Zahl der Bienenstöcke hatte sich auf 215 erhöht.

Im städtischen Krankenhaus, für das eine Bachsche Höhensonne und eine Röntgen-Apparatur angeschafft worden waren, wurden z. B. 1927/28 260 männliche und 187 weibliche Patienten, dazu 31 Kinder stationär behandelt.

Dem Magistrat gehörten der Bürgermeister, der Beigeordnete und fünf Ratsherren an. Die Stadtverordnetenversammlung zählte 17 Mitglieder unter Vorsitz des Vorschußvereinsdirektors Paulini. Wir müssen es uns hier versagen, die Namen aller derer zu nennen, die in den 9 Dezernten oder 14 Kommissionen ihre Pflicht zum Wohle der Stadt erfüllt haben. Von letzteren soll wenigstens eine hervorgehoben werden: Die Armenkommission. Sie diente der Armen-, Kranken- und Wohlfahrtspflege. Die Bewilligung einer laufenden Unterstützung bis zu 15 Mark monatlich erfolgte nach Prüfung durch die jeweils zuständigen 5 Bezirksarmenpfleger durch den Magistrat. Für höhere Beträge mußte das Einverständnis des Bezirks-Fürsorge-Verbandes eingeholt werden. Beispielsweise erhielten im Etatjahr 1927/28 (1. 4. 27—31. 3. 28) laufende Unterstützungen 41 Personen, einmalige Unterstützungen z. B. wegen stationärer Krankenhausbehandlung, 34 Personen. Für 35 Hilfsbedürftige wurden Kurkosten übernommen.

Sämtliche Zahlungen leistete der Magistrat, der die verauslagten Beträge beim Bezirks-Fürsorge-Verband zur Erstattung von 70 Prozent halbjährlich nachträglich anzumelden hatte. Den Rest mußte die Stadtkasse tragen.

Eine weitere soziale Leistung wurde durch die Arbeitslosen- und Krisenfürsorge erbracht. Im Berichtsjahr 1927/28 betrug die Höchstzahl der Arbeitslosen 279 Männer, 28 Frauen, die der Krisenempfänger 33 Männer, 11 Frauen. Die Krisenempfänger wurden zu einer unbezahlten wöchentlichen Pflichtarbeit von 16 Stunden herangezogen. Von der gezahlten Krisenunterstützung entfiel 1/5 auf die Stadtgemeinde. Zahltag war der Freitagnachmittag. Die täglichen Kontrollen mußten aus räumlichen Gründen vom Rathaus in die Turnhalle verlegt werden.

Die Wohnungsfürsorge ließ sich die Stadtverwaltung besonders angelegen sein. Vor allem wurden Wohnungen am Wasserwerk und auf der Vogelweide (auch eine Verbindungsstraße zwischen Hammerweg und Augker Straße) für Arbeiter-, Handwerker- und andere minderbemittelte Familien errichtet. Zu jeder Wohnung gehörten ein Stall, ein Hofanteil und ein kleiner Garten. Das Bauland auf der Vogelweide erwarb die Stadt zum Preise von 50 Pf pro qm. Der Bebauungsplan der „Ostpreussischen Heimstätte“ sah dort weitere 72 Wohnungen mit Garten vor, es entwickelte sich eine sehr rege Bautätigkeit in Wehlau. 1927/28 waren 26 Mietsgrundstücke im Eigentum der Stadt, dazu rd. 50 Hektar Ländereien. Eingemeindungen von Bezirken, die ohnehin eine

wirtschaftliche Einheit bildeten, wurden damals in Aussicht genommen, z. B. des Bezirks der Anstalt Allenberg, der 1927/28 an die Wehlauer Gasanstalt angeschlossen wurde. Die Gasproduktion betrug in diesem Berichtsjahr 333 486 cbm bei einem Kohleverbrauch von 1191 Tonnen.

Im Interesse einer Hebung des Fremdenverkehrs trat Wehlau dem damals gegründeten Verkehrsverband „Samland-Ermland-Pregelgau“ bei. Im Vorstand war Bürgermeister Makowka Vertreter für den Bezirk „Pregelgau“. Außerdem gehörte er zum Aufsichtsrat der Gesellschaft „Ostpreußische Heimstätte“. In beiden Eigenschaften konnte er zum Wohle Wehlaus wirken. Einer Verbesserung des Verkehrs innerhalb der Stadt diente die Neupflasterung der Straßen zwischen der Alle- und Pregelbrücke, dann der Grabenstraße, des Fischmarktes und einiger Teile des Marktplatzes. Diese Pflasterungen wurden z. T. als „Notstandsarbeiten“ mit schwedischen Kopfsteinen ausgeführt, weil man eine Asphaltierung für unzumutbar hielt. Im wirtschaftlichen Interesse regte die Stadtverwaltung die Einrichtung eines telefonischen Selbstanschlusses an, aber aus finanziellen Gründen konnte ein solches Amt damals nicht eingerichtet werden.

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in der Stadt reichten drei städtische Polizeibeamte aus, an deren Namen sich manche alten Wehlauer noch erinnern dürften: Dorsch, Lissat, Klein. Ein Hilfspolizist versah den Nachtdienst. Die Polizeiverwaltung berichtete am 31. März 1928: „Demonstrationen haben nicht stattgefunden.“

Der „Große Pferdemarkt“ hatte in der Nachkriegszeit stetig an Bedeutung zugenommen und Ende der zwanziger Jahre mindestens den früheren hohen Stand erreicht. Erfolglos blieben jedoch die Bemühungen der Stadtverwaltung, durch entsprechende Bekanntmachungen in großen Tageszeitungen größere industrielle Betriebe aus dem Reich heranzuziehen. Wegen der allgemeinen politischen Lage und wegen der Abschneidung der Provinz Ostpreußen vom Reich waren auswärtige Firmen nicht geneigt, dort irgendwelches Kapital zu investieren. Diese Meinung vertrat der städtische Verwaltungsbericht vom 31. März 1928.

Die Bautätigkeit wurde fortgesetzt. So entstanden auf der Wattlau, an der Augker Straße und an der Parkstraße neue Wohnhäuser. Im damals „letzten Haus von Wehlau“ wurde im Erdgeschoß das Katasteramt untergebracht. Die „Ostpreußische Bau- und Siedlungsgesellschaft“ errichtete Gebäude mit geräumigen, hellen Wohnungen. Die „Vogelweide“ entwickelte sich zu einem neuen Stadtteil mit etwa 1800 Einwohnern.

Da die Raumverhältnisse der Stadtparkasse im Rathaus nicht mehr ausreichten, wurde durch Umbau eines städtischen Gebäudes an der Nordseite des Rathauses ein lichter, freundlicher Raum für den Kassenbetrieb und den Publikumsverkehr geschaffen. Auch die Stadtkasse erhielt in diesem Hause ihren Arbeitsplatz.

Der öffentliche Brunnen auf der Südseite des Marktplatzes erinnerte bis in die Neuzeit daran, daß in vergangenen Zeiten Wasser aus vier Brunnen auf dem Markt für den täglichen Gebrauch geholt werden mußte.

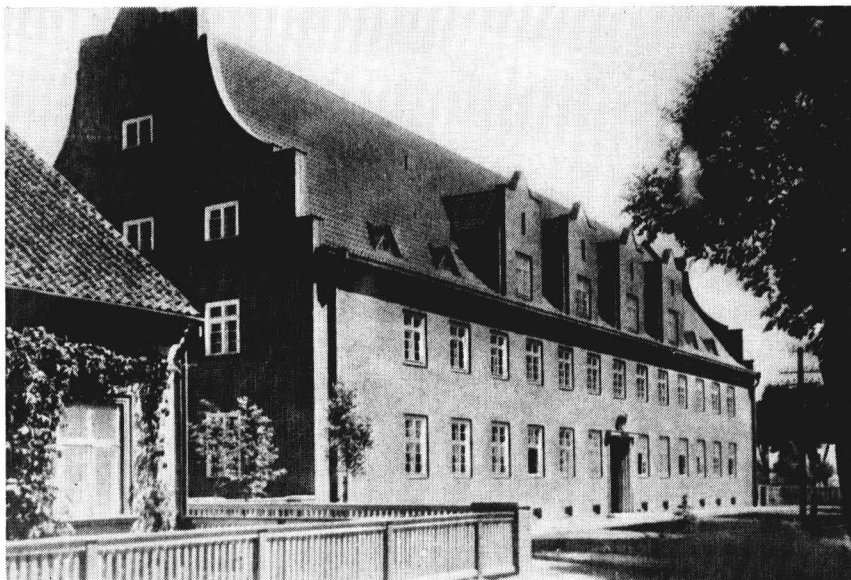
Die Kreissparkasse in der Großen Vorstadt konnte 1928 ihr 75jähriges Jubiläum feiern. Das Erziehungsheim Altwalde ging von der Kirchengemeinde Wehlau gegen eine Abfindung von 25 000 Mark in den Besitz der Provinzialverwaltung über. In Wehlau bestand damals ein „Evangelischer Arbeiterinnenverein“ mit mehr als 100 Mitgliedern und einer sehr aktiven Jugendgruppe. Der „Evangelische Männer- und Jünglingsverein“ besaß ein eigenes Heim mit Versammlungsräumen, Bibliothek und einem auch zum Turnen geeigneten Saal.

In diesen Jahren wurde wohl auch der „Neue Friedhof“ an der Richardstraße eingerichtet, denn die Einwohnerzahl war am 1. Oktober 1928 auf rund 8000 angewachsen, vor allem durch Eingemeindungen, die allerdings nicht genau datiert werden können. Wahrscheinlich fällt in diese Zeit auch die Erbauung einer katholischen Kapelle nahe dem „Alten Friedhof“ in der Neustadt. Am 11. und 12. August feierte die „Freiwillige Feuerwehr“ ihr 45jähriges Stiftungsfest mit einer Fahnenweihe (52 Aktive unter einem Oberbrandmeister. Etatmittel 1927/28: 1800 Mark. Beihilfe der „Feuersozietät“: 670 Mark).

Interessant ist ein Artikel anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Deutschen Rundfunks im „Wehlauer Tageblatt“, „amtliches Anzeigenblatt für den Kreis Wehlau mit den Städten Wehlau, Tapiaw und Allenburg“, vom 31. Oktober (Reformationstag) 1928. Es wurde Klage darüber geführt, daß der oberste Grundsatz für Sendungen „strikte politische Neutralität“ nicht beachtet würde. „Da durfte ein Sängerbund nicht singen, weil er dem deutschnationalen Handlungsgehilfenverband an-



Kopfi des Wehlauer Tageblattes



Finanzamt am alten Friedhof

gehörte, aber auf der anderen Seite übertrug man nicht nur sozialistische und kommunistische Morgenfeiern und Jugendweihen, sondern auch Lobgesänge sozialistischer Minister und sogar Ministerpräsidenten über das Wesen des Sozialismus, über die Geschichte des Staatsumsturzes vom 9. November 1918 und ähnliches.“

Pfarrer Hugo Linck erinnerte sich aus seiner Amtszeit in Wehlau (1922—1930) an einen Kommunistischen Umzug durch die Stadt am 1. Mai, dem 1889 in Paris zum „Tag des Klassenkampfes“ erklärten „Feiertag der Werktätigen“, voran die Schalmeienkapelle von Gr.-Nuhr, ferner an eine Kundgebung auf dem Marktplatz, bei der im Sprechchor „Nieder mit der Kirche!“ gerufen wurde, und schließlich an eine Versammlung, in der die These von der „kapitalistischen Ausbeutung durch die Kirchensteuer“ eindeutig widerlegt werden konnte: „Die Partei kassiert als Monatsbeitrag den Lohn von zwei Arbeitsstunden, nämlich zweimal 72 Pf = 1,44 Mark, die monatliche Kirchensteuer dagegen beträgt ca. 50 Pf.“

Unverständlich blieb vielen Wehlauern, weshalb gerade die Kommunisten, die doch so sehr gegen „Militarismus“ und gegen Krieg gewesen waren, so stramm hinter ihren roten Fahnen hermarschierten, weshalb sie als betont „Friedliebende“ bei passender Gelegenheit nach der Parole

*Das alte Gebäude
der einst
„Kgl. Realschule“
unmittelbar an der
Ostchorwand
der Pfarrkirche*



handelten: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!“

Es fanden in Wehlau aber auch Aufmärsche nationaler Traditionsverbände statt, z. B. des „Bundes der Frontsoldaten“, der sein Emblem, den Stahlhelm, in der ehemaligen Reichskriegsflagge führte, oder des „Kyffhäuserbundes“ der Kriegervereine und selbstverständlich der „Wehlauer Schützengilde“.

Im ganzen gesehen, verlief das Jahr 1929 in Wehlau noch recht ruhig. Einige Ereignisse sollen hervorgehoben werden.

Seit diesem Jahr veranstaltete man die sogenannten Universitätsvorträge. Den ersten Vortrag hielt am 13. Februar der Königsberger Universitätsprofessor Dr. Rothfels über das Thema „Geschichte als Schicksal“.

Eine würdige und erhebende Feier fand am 11. Juli vormittags 11 Uhr in der alten Ordenskirche statt. Der bisherige Erste Geistliche Paul Hardt

wurde durch Generalsuperintendent D. Gennrich, Königsberg, in sein neues Amt als Superintendent des Kirchenkreises Wehlau eingeführt. Die Eingangsliturgie hielt Pfarrer Linck, die Predigt Superintendent Hardt, die Schlußliturgie Superintendent a. D. Kittlaus, dessen Amtssitz bis zu seiner Pensionierung Tapiau gewesen war.

In diesem Jahr wurde der stattliche Neubau für das Finanzamt fertiggestellt und bezogen. In seinem bisherigen Dienstgebäude wurden gegen Mietzahlung an die Stadtverwaltung untergebracht: Die Landkrankenkasse, die Kreis- und Forstkasse mit Wohnung für den Oberrentmeister. Durch den notwendigen Umbau der Räume erwachsen der Stadt Kosten in Höhe von rd. 15 000 Mark. Weitere 10 000 Mark waren erforderlich, um die Elektrizitätsversorgung durch Einbau von entsprechenden Apparaten und eines zweiten Transformators zu verbessern. Das frühere Gebäude der „Deutschordensschule“ wurde für 50 000 Mark vom Staat zurückgekauft und sollte für Berufsschulzwecke verwendet werden.

In der Anstalt Allenberg wurden die Erweiterungs- und Neubauten beendet. Nunmehr konnten dort rd. 1400 Kranke untergebracht werden. Die Gesamtanstaaltsfläche betrug rd. 991 Morgen, von denen 677 landwirtschaftlich genutzt wurden.

Zur Linderung der immer noch bestehenden Wohnungsnot der ärmeren Bevölkerung sollten „Reichswohnhäuser“ errichtet werden. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte sich am 10. Oktober 1929 bereit, einen Zuschuß von 1500 Mark für jede erstellte Wohnung zu bewilligen und das Baugelände kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Von diesem Winterhalbjahr an fanden die Theateraufführungen im Großen Saal des „Gesellschaftshauses Rebuschatis“ statt, dessen Bühne inzwischen entsprechend hergerichtet worden war. Die Spielzeit begann am 18. Oktober mit der Aufführung des Schauspiels „Yorck“ von Ernst Lissauer. Die Theatergemeinde umfaßte damals rd. 400 Mitglieder. Aber dieser Saal bot auch Nichtmitgliedern Platz. Die Eintrittspreise: I. Platz 2 Mark, II. Platz 1,20, III. Platz 50 Pf. Da sämtliche Vorstellungen sehr gut besucht waren, konnte die Theaterkasse einen beträchtlichen Überschuß verbuchen. Im Gesellschaftshaus fanden später auch die beliebten Militärkonzerte statt. Das „Urania-Kino“ (Karpowski) neben dem „Café am Steintor“ bot außer den täglichen Filmvorführungen an Feiertagen wie zu Weihnachten Sonderprogramme, ferner nachmittags „Familienvorstellungen bei kleinen Preisen“, gelegentlich mit Gratisverlosungen.

Der 16. November 1929 war ein Festtag für die ganze Stadt und ein Ehrentag für die staatliche „Deutschordensschule“, deren Neubau mit einem Festakt in der Aula eingeweiht wurde. Dieses Gebäude zählte zu den modernsten und schönsten der ganzen Provinz. Die Inneneinrichtung war mustergültig: helle, luftige Klassen- und Sammlungsräume, ein großes Konferenzzimmer, eine prachtvolle Aula mit der mahnenden Inschrift über ihrem Eingang: